

Der WAHL-O-MAT – Ist er eine irreführende Wählermanipulation? - Klicken statt Denken?

Nach einem Beitrag von Michael Brückner

Veröffentlicht bei KOPP exklusiv Nr. 36/2017

Der »*Wahl-O-Mat*« wird von vielen Mainstream-Medien vor allem jungen Menschen als digitaler Wahlhelfer empfohlen. Wer die von den Nutzern zu beantwortenden Thesen liest, erkennt, wohin die Reise geht. Kein Wunder, denn hinter dem »*Wahl-O-Mat*« steht die Bundeszentrale für politische Bildung, in der nur die etablierten Parteien das Sagen haben

Wozu brauchen wir eigentlich noch Wahlkämpfe, was bringen uns die einstudierten Fernsehduelle der Spitzenkandidaten, und wozu soll man eigentlich Parteiprogramme lesen?

→ Der fürsorgliche Nanny-Staat hat uns auch diese Arbeit abgenommen und schon im Jahr 2002 den »*Wahl-O-Mat*« eingeführt. Der Nutzer klickt sich durch 38 unterschiedliche Thesen und entscheidet, ob er der Aussage zustimmt oder nicht. Darüber hinaus bleibt ihm die Möglichkeit, neutral abzustimmen oder die These zu überspringen. Am Ende erfährt man, welche Parteien dem Nutzer angeblich am nächsten stehen. Mit anderen Worten: Mausclicks ersetzen neuerdings das politische Weltbild.

Umstrittenes System

Entwickelt wurde der »*Wahl-O-Mat*« von der Bundeszentrale für politische Bildung, in der die etablierten Parteien das Sagen haben. Sie untersteht dem Bundesinnenminister (CDU), Geschäftsführer ist ein SPD-Mann, und im Kuratorium, dem Aufsichtsgremium, sitzen Politiker der im Bundestag vertretenen Parteien, und zwar entsprechend ihrer Fraktionsstärke. So entsenden CDU und CSU elf Mitglieder in das Kuratorium, die SPD schickt sieben, Linke und B90/Grüne jeweils zwei Repräsentanten. Umstritten ist der »*Wahl-O-Mat*« schon seit Jahren.

- Für Aufsehen sorgte zum Beispiel eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln vor der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz im Jahr 2011. Nach Ansicht der Richter gestatte das Grundgesetz den Regierungsparteien ein »*staatliches Informationshandeln*«. Die Bundeszentrale für politische Bildung sei nicht darauf verwiesen, alle Parteien formal gleich zu behandeln (Urteil Nr. 6L 372/11).



In den zu den Bundestagswahlen 2017 formulierten Thesen spiegelt sich zudem nicht ein gefestigtes, längerfristiges Weltbild wider, vielmehr geht es überwiegend um (tages)aktuelle Fragen.

→ Zum Beispiel wird der Nutzer des »*Wahl-O-Mat*« gleich zu Beginn gefragt, ob der Dieselmotorkraftstoff für Pkw höher besteuert werden soll.

- Auch die jährliche Obergrenze für die Aufnahme »von neuen Asylsuchenden« steht ganz oben auf der Thesenliste.
- Außerdem wird der noch unschlüssige Wähler gefragt, ob er es gut fände, wenn der Ausbau erneuerbarer Energien vom Bund dauerhaft finanziell gefördert und die Videoüberwachung im öffentlichen Raum ausgeweitet würde.

Wieder andere Thesen lassen den Nutzer etwas ratlos zurück. Zum Beispiel: »*Hohe Vermögen sollen besteuert werden.*«

Wenn überhaupt, dann lässt sich zu dieser These nur Stellung beziehen, wenn klar ist, ab welchem Betrag ein vorhandenes Vermögen als »hoch« einzustufen ist. Wer selbst über ein sechstelliges Guthaben verfügt, wird zu diesem Thema sicher eine andere Meinung haben als ein Wähler, der mit seinem Geld eben mal so über die Runden kommt. Diese These ist vergleichbar mit der Frage nach der viel zitierten »sozialen Gerechtigkeit«, die noch nie definiert wurde. Deshalb verbannte der österreichische Ökonom und Sozialphilosoph *Friedrich August von Hayek* (1899-1992) den Begriff »soziale Gerechtigkeit« als inhaltsleeres Schlagwort in die »*Kategorie des Unsinn*«.



Auch die wachsweiße These »*Die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in der Europäischen Union soll verstärkt werden*« wirft mehr Fragen auf, als sie Antworten gibt. Auf welchen Gebieten wäre eine verstärkte Zusammenarbeit wünschenswert — und um welchen Preis? Wären die Nutzer auch dann für die Verstärkung der Zusammenarbeit, wenn dies noch mehr Brüsseler Bürokratie bedeutete?

Die Null- und Strafzinsstrategie der EZB mit ihrem enteignenden Charakter spielt im »Wahl-O-Mat« keine Rolle, obgleich dies eine direkte Folge der sogenannten Euro-Rettungspolitik ist. Auch nicht die Brüsseler Regulierungssucht, die sich zunehmend für die Bürger bemerkbar macht. Die Forderung nach Steuersenkungen ist im Thesenkatalog des »Wahl-O-Mat« nicht zu finden. Lediglich an einer Stelle wird nach einer vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags bis 2019 gefragt (wobei der Nutzer dann feststellt, dass keine der etablierten Parteien diesem Vorschlag zustimmt). Und siehe da, im Thesenkatalog des »*Wahl-O-Mat*« stößt man schnell auf Aussagen, die man durchaus als linkspopulistisch bezeichnen könnte. Zum Beispiel die Forderung nach einer Verstaatlichung aller Banken oder aber einer obligatorischen Mitgliedschaft aller Bürger in einer gesetzlichen Krankenversicherung, was das baldige Ende der privaten Krankenversicherungen bedeutet würde.

Wirtschaft ohne Bedeutung?

So stellt sich dann die Frage, wer diese Thesen eigentlich auswählt.

Es sind angeblich überwiegend Jungwähler, außerdem Pädagogen (was immer man darunter verstehen mag), Politikwissenschaftler und Statistiker. Anders ausgedrückt: Im Gremium befindet sich zum Beispiel kein Vertreter aus der Wirtschaft, kein Unternehmer und kein Freiberufler. Wirtschaftlich relevante Themen spielen im »*Wahl-O-*

Mat« denn auch keine bedeutende Rolle, sieht man von der Frage nach einem Schuldenschnitt für Griechenland und einem bedingungslosen Grundeinkommen einmal ab. Ebenfalls fehlen Fragen zur Außenpolitik komplett.

Ungeeignet für eine nicht unmanipulierte Meinungsbildung

In den Mainstream-Medien wird der »*WahlO-Mat*« regelmäßig jenen Bürgern - vor allem Jungwählern - empfohlen, die angeblich noch nicht wissen, ob und gegebenenfalls wo sie bei den nächsten Bundestagswahlen ihr Kreuz machen sollen.

- Der digitale Wahlhelfer leistet Entscheidungshilfe allein auf der Grundlage von Themen und Thesen, die dem führenden Politikartell wichtig erscheinen.
- Die Prioritäten für seine Wahlentscheidung setzt nicht der noch unentschlossene Wähler, sondern eine weitgehend anonyme Gruppe der Bundeszentrale für politische Bildung.
- So ist es kein Wunder, dass die meisten Nutzer schon beim Lesen der Thesen wissen, in welche Richtung sie laut »*Wahl-O-Mat*« tendieren, wenn sie zustimmen oder ablehnen.

Da die großen Parteien zudem in vielen Positionen so eng beieinanderliegen, wäre es kein Zufall, wenn — würde Angela Merkel den »*Wahl-O-Mat*« bemühen — sie am Ende vielleicht die Empfehlung bekäme, *Martin Schulz* zu wählen.

Oder der »*Wahl-O-Mat*« führt den Wähler sogar zu der interessanten Erkenntnis, dass keine der etablierten Parteien für ihn wählbar ist – ein Wunschtraum!!!.